

Autor: Münchrath, Jens
Seite: online
Ressort: Politik / International /

Mediengattung: Online News
Visits (VpD): 0,743 (in Mio.)¹
Unique Users (UUpD): 0,271 (in Mio.)²

Weblink: <https://www.handelsblatt.com/politik/international/clemens-fuest-ifo-praesident-erwartet-schwere-jahre-fuer-deutschland/29235914.html>

¹ von PMG gewichtet 05-2023

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Clemens Fuest

„Es wird leider kein Wirtschaftswunder geben“: Ifo-Präsident erwartet schwere Jahre für Deutschland

Alle müssen weg vom CO₂, aber Deutschland versucht zu viel auf einmal, findet Top-Ökonom Clemens Fuest. Trotzdem wünscht er sich mehr Politiker wie Robert Habeck.

Erstveröffentlichung: 2023-07-06 16:40:31 letzte Aktualisierung: 2023-07-08 06:16:28

Clemens Fuest ist als Ifo-Präsident so etwas wie das ordnungspolitische Gewissen der Republik. Gründe zur Sorge gibt es genug: zunehmender Protektionismus, zunehmende Staatsgläubigkeit, zunehmende Verschuldung – und das vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die großen Herausforderungen mit der Dekarbonisierung und dem demografischen Wandel erst noch bevorstehen.

Fuest warnt vor „extrem schwierigen Jahren“. Der Atomausstieg und der zunehmende Dirigismus würden die Lage nur noch verschärfen. Überraschendes Lob findet der Ökonom für den Politikansatz des grünen Wirtschaftsministers Robert Habeck – auch wenn Fuest inhaltlich kaum weiter weg stehen könnte.

Hier lesen Sie das vollständige Interview:

Herr Fuest, Deutschland verausgabt sich im Streit um ein Heizungsgesetz, dabei stehen die großen Herausforderungen des ökologischen Umbaus erst noch an. Hinzu kommen der demografische Wandel und Deglobalisierungstendenzen, die unser Geschäftsmodell gefährden. Wird Deutschland wieder zum kranken Mann Europas?

Die kommenden Jahre werden schwierig. Es spricht viel dafür, dass wir eine Phase mageren Wachstums erleben. Tatsächlich haben wir für die Transformation nicht die beste Dekade ausgesucht, eine vorher wäre es leichter gewesen. Die ökologische Transformation haben zwar alle Volkswirtschaften zu stem-

men. Aber wir leisten uns darüber hinaus auch noch den Ausstieg aus der Atomenergie, und die Erwerbsbevölkerung schrumpft. Gürtel enger schnallen ist angesagt.

Das klingt so ganz anders als die Rhetorik des Bundeskanzlers, der von einem zweiten „Wirtschaftswunder“ sprach, das die ökologischen Investitionen auslösen werden. Ist da die Fantasie mit ihm durchgegangen?

Es wird leider kein Wirtschaftswunder geben, sondern eher etwas in Richtung Schweiß und Tränen. Da sollten wir uns nichts vormachen. Anders als in der 50er- und 60er-Jahren werden durch die Klimatransformation keine zusätzlichen Produktionskapazitäten geschaffen, sondern bestenfalls wird ein alter Kapitalstock durch einen neuen ersetzt. Das ist erst mal vor allem teuer. Wer funktionierende Atommeiler, Kohlekraftwerke und Heizungsanlagen ersetzt, schafft dadurch allein nicht mehr Wachstum. Schon gar nicht, wenn der neue Kapitalstock schlechtere Dienste leistet als der alte.

Das heißt, der Wohlstand sinkt in der Tendenz?

Er steigt jedenfalls nicht durch diese Transformation. Sie wirkt wie ein Angebotsschock. Das gesamtwirtschaftliche Güterangebot verknappt sich, es werden ja auch Dinge ersetzt, die nicht abgeschrieben sind. Ungenutzte Produktionskapazitäten, die das leisten können, haben wir nicht. Nach Schätzungen müssen wir zehn Jahre lang mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) investieren. Also insgesamt 20 Prozent der Wirtschaftsleistung. Wenn der Konsum zwei Drittel des BIP aus-

macht, dann bedeutet das an die drei Prozent Konsumverzicht oder Abbau von Vermögen.

>> Lesen Sie hier: Das sagen Ökonomen zur Vision des Kanzlers

Warum sagt der Kanzler dann so etwas? Für Regierungen ist es attraktiver, optimistische als pessimistische Botschaften zu verbreiten. Damit einher geht die Hoffnung, dass die Leute dann eher mitmachen. Aber das kann ins Gegenteil umschlagen, wenn spürbar wird, dass es so leicht nicht geht.

Es scheint eine wachsende Diskrepanz zwischen politischer und naturwissenschaftlicher Einsicht, was die notwendigen Handlungen angeht, und der politischen Machbarkeit zu geben. Gerät unser politökonomisches System an Grenzen?

Was sich geändert hat, ist, dass es jetzt konkret wird. Bisher hat die Politik die notwendigen Veränderungen vielfach vor sich hergeschoben und nicht wirklich Anpassungen durchgeführt. Ein Beispiel: Die Benzinsteuern sind in den vergangenen Jahren kaum erhöht worden. Das heißt, wir haben lange Zeit über Klimaschutz geredet, aber wenig getan. Das Heizungsgesetz ist aber sehr konkret. Und dann wurde obendrein verkündet, der ökologische Umbau würde auch noch einen wirtschaftlichen Boom auslösen.

Transformation durch Verzicht

Sie werfen der Politik vor, dass sie suggeriert habe, der ökologische Umbau werde ohne Zumutungen zu bewältigen sein.

Genau. Teilen der Politik jedenfalls. Da es jetzt konkret wird und die Kosten sichtbar werden, gibt es Widerstand.

Entsprechend ist das Heizungsgesetz verwässert worden. Ich bin kein Verteidiger dieses Gesetzes, aber ich sehe auch, dass die Kritiker im taktischen Vorteil sind, die Politik macht es ihnen einfach.

Nun gibt es noch eine stabile Mehrheit in der Bevölkerung, die die Klimaziele für richtig hält. Was muss die Politik denn anders machen?

Das ist der Normalfall, auf einer abstrakten moralischen Ebene sind wir alle für Klimaschutz. Aber wenn Kosten anfallen, dreht sich das. Es bringt nichts, der Bevölkerung etwas vorzumachen. Wir brauchen eine realistische Beschreibung der Aufgabe.

CO2 Preis, Infrastruktur und Bürokratieabbau

Das heißt konkret?

Die Politik sollte einräumen, dass der Umbau etwas kostet, unnötige Kosten beim Klimaschutz aber vermeiden und sich auf Bereiche konzentrieren, in denen es ein günstiges Verhältnis zwischen CO2-Reduzierung und entstehenden Kosten gibt.

Das klingt gut und einfach, aber welche Bereiche wären das, und würde eine Konzentration darauf ausreichen, um klimaneutral zu werden?

Die wesentlichen Punkte sind unter Ökonomen wenig umstritten: dass wir einen deutlich höheren CO2-Preis brauchen, der europaweit und sektorenübergreifend gilt. Das hat die Bundesregierung bei der Reform des Klimaschutzgesetzes ja auch aufgegriffen. Punkt zwei ist ein dringender Ausbau der Infrastruktur, vor allem der Stromnetze. Punkt drei ist die Vereinfachung und Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das sind die entscheidenden Schritte und nicht die Frage, ob und wann ich mir noch eine Gasheizung einbauen darf.

Die Bevölkerung muss Klimaschutz wollen

Aber auch ein steigender CO2-Preis muss in der Bevölkerung akzeptiert werden ...

In vorauseilender Furcht behaupten viele in der Politik, die Bevölkerung akzeptiere keinen hohen CO2-Preis. Die gute Nachricht beim CO2-Preis ist doch: Anders als beim Ölpreisschock, in dem das Geld nach Saudi-Arabien und in andere Ölstaaten floss, ist das Geld beim CO2-Preis nicht weg. Man kann es verwenden, um Menschen zu entschädigen, die belastet werden. Zum Beispiel auch Autofahrer und Pendler. Dann heißt es aber wieder, Pendeln sei ohnehin

schlecht, und man will das Geld für andere politische Projekte verwenden. Wir reden doch seit Jahren über den CO2-Handel: Marktmechanismen wirken lassen und auf der anderen Seite entschädigen, meist wahrscheinlich eher die ärmeren Schichten entschädigen. Aber es passiert ja nichts, die Politik arbeitet lieber mit Ver- und Geboten ... Das Problem liegt vielleicht eben gerade darin, dass die Politik versucht, den höheren CO2-Preis mit sozialpolitischen Zielen zu verbinden. Die Politik versucht zu viel gleichzeitig. Für klüger halte ich es, diejenigen zu entlasten, die durch den hohen CO2-Preis belastet sind. Die Botschaft müsste die folgende sein: Ja, der CO2-Preis steigt, aber das Geld fließt an die Bürger zurück, die den höheren CO2-Preis zahlen. Mit Ge- und Verboten zu hantieren ist oft der deutlich teurere Weg.

Und wenn die Bürgerinnen und Bürger auch da nicht mitziehen?

Die politische Akzeptanz für die Klimapolitik ist unabdingbar. Wenn die Bevölkerung den schnellen Klimaschutz nicht will, dann kommt er eben nicht ...

Das heißt, die Politik muss sich damit abfinden, dass der Klimaschutz abgewählt wird?

Ja, so ist das in einer Demokratie. Die Klimaschutzpolitik kann nur so schnell voranschreiten, wie die Bevölkerung mitzugehen bereit ist. Man kann diese Debatte übrigens auch positiv bewerten. Endlich wird nicht nur geredet, sondern auch über konkrete Maßnahmen gesprochen. Das ist ja auch ein Verdienst der Ampel. Wirtschaftsminister Habeck hat es mit einem hart eingreifenden Heizungsgesetz versucht, aber es fehlte die Akzeptanz. Jetzt geht er einen anderen Weg. Das gehört zu einer Demokratie. Ist Habeck nicht mit seinem handwerklich schlecht gemachten Gesetz mitverantwortlich dafür, dass populistische und polemische Attacken gegen die Wärmewende längst nicht mehr vonseiten der politischen Ränder, sondern in großen Teilen auch in der politischen Mitte vorkommen?

Sicherlich war die ursprüngliche Version des Heizungsgesetzes nicht so, wie es sein sollte. Aber ich halte dieses Habeck-Bashing für überzogen. Die Zumutungen werden kommen, und man kann Habeck nicht vorwerfen, dass die AfD versucht, daraus politisch Kapital zu schlagen. Ich bewerte es durchaus positiv, dass Habeck den Mut hat, die Debatte anzustoßen – auch wenn ich

inhaltlich in vielen Punkten nicht einverstanden bin. Habeck hat Fehler eingestanden und setzt neu an. Das finde ich anständig. Ich würde mir mehr Politiker wünschen, die diese Einstellung haben.

>> Lesen Sie hier: Robert Habecks Rezession

Es scheint kein Segen auf dem Heizungsgesetz zu liegen. Nun hat das Bundesverfassungsgericht auch die anstehende Bundestagsabstimmung untersagt ...

Das Urteil ist nicht überraschend. Es ist sehr wichtig, dass Parlament das Heizungsgesetz, auch in der jetzt entschärften Form, ausführlich diskutiert. Ob es ein paar Wochen früher oder später verabschiedet wird, ist nebensächlich.

Wie beurteilen Sie denn das reformierte Gesetz?

Da stehen viele Dinge drin, die sachlich überzeugend sind. Etwa eine Abkehr von den Sektorenzielen, Ausweitung des Zertifikatehandels auf Verkehr und Gebäude.

Die größten Zumutungen im Kampf gegen den Klimawandel stehen uns ja noch bevor. Welche Debatten werden wir dann haben?

Die werden schwierig. Genau deshalb muss die Politik ausloten, wie weit sie gehen kann. Das hat ja beim Heizungsgesetz so stattgefunden.

USA sind auf einem anderen Entwicklungspfad

Während bei uns große Tristesse im Zusammenhang mit der Energiewende herrscht, ist es US-Präsident Joe Biden gelungen, eine Aufbruchstimmung zu erzeugen. Wie erklären Sie sich den Unterschied?

Vielleicht kommt in den USA der Kater noch. Insgesamt gilt aber: Die USA sind in einer anderen Lage. Das Land ist viel dynamischer, es profitiert von seiner Technologieführerschaft, die Bevölkerung wächst.

Die USA sind auf einem anderen Entwicklungspfad. Es scheint, als könne das Land die Lasten der Transformation besser tragen. Aber auch in den USA haben wir ein sehr hohes Beschäftigungsniveau. Das heißt, wenn die Politik entscheidet, Ressourcen in Batteriefabriken umzulenken, wird es auch dort um Verzicht in anderen Bereichen gehen. Auch dort werden Knappheiten entstehen und zusätzliche inflationäre Wirkungen entstehen.

Halten Sie Bidens Weg mit den milliardenschweren Subventionen im Rahmen des Inflation Reduction Act (IRA) für

richtig, vielleicht sogar für nachahmenswert?

Nein, ich halte den IRA nicht für einen klugen Weg. Die Frage, wer die gigantischen Ausgaben am Ende finanziert, ist trotz der Gegenfinanzierungsmaßnahmen im Gesetz nicht überzeugend geklärt. Zugleich ist es in den USA so, dass Verteilungsfragen keine so große Rolle spielen. Am Ende wird die Mittelschicht die Milliardensubventionen bezahlen müssen. Die Polarisierung, die wir jetzt schon sehen, wird dort eher noch zunehmen. Dass Dekarbonisierung erhebliche Kosten mit sich bringt, gilt auch für die USA.

>> Lesen Sie hier: Studie zum Subventionsprogramm der USA – Wen der IRA wirklich schmerzt

Europa lässt sich ja längst auf den Subventionswettbewerb ein. Siehe zuletzt die Subventionen in Höhe von knapp zehn Milliarden Euro für eine Intel-Chipfabrik in Magdeburg, um unsere technologische Abhängigkeit zu verringern. Haben wir da das Maß verloren?

Ja, das ist eine sehr hohe Versicherungsprämie. Außerdem gibt es Alternativen zu heimischer Produktion wie etwa Diversifizierung der Lieferanten, Lagerhaltung oder Recycling. Lieferrisiken gibt es bei vielen Produkten, das gehört zum normalen Geschäftsleben. Die Absicherung dagegen ist primär Aufgabe der Unternehmen, nicht des Staats. Nun gibt es auch die Debatte über einen Industriestrompreis, um eine Deindustrialisierung zu verhindern. Eine gute Idee?

Nein, keine gute Idee. Dauersubventionen senken den wirtschaftlichen Wohlstand. Wenn der Strompreis in Deutschland nur vorübergehend hoch ist, sollte die energieintensive Industrie aus eigenem Antrieb bleiben. Wenn daran niemand wirklich glaubt, warum sollten die Steuerzahler darauf wetten? Es wäre besser, daran zu arbeiten, das Energieangebot in Deutschland zu erhöhen, zum Beispiel durch heimische Gasförderung oder Weiterführung der Kernkraft.

Insgesamt erleben wir ein Comeback der Industriepolitik. Gerät das marktwirtschaftliche Denken unter die Räder? Ja, der Zeitgeist ist dirigistisch, sogar in den USA. Dort hat die Industriepolitik allerdings eine starke geopolitische Komponente. In Europa gibt es noch keine Einigkeit darüber, wie die industriepolitische Strategie aussehen soll. Aber der Trend ist klar: Der Staat greift zunehmend ein.

Verschiebung Richtung Deglobalisie-

rung

Ist Europa nicht gezwungen, diesen Weg zu gehen, wenn andere Länder das auch machen?

Nein. Wir stehen vor der Wahl: Der eine Ansatz schafft allgemein bessere Bedingungen für Investitionen und fördert Forschung und Entwicklung in der Breite. Der andere Ansatz setzt auf Investitionslenkung durch gezielte Subventionen für Einzelprojekte, verbunden mit Auflagen für die Unternehmen, die Subventionen erhalten.

>> Lesen Sie hier: Wie Anleger vom Trend zur Deglobalisierung profitieren Sie sind sicher für den ersteren Ansatz.

Ja, allein weil wir nicht wissen, welche die Technologien der Zukunft sind, und die Politik es den Unternehmen überlassen sollte, wie sie notwendige Anpassungen wie etwa die Dekarbonisierung umsetzen. Wer hätte vor fünf Jahren gedacht, dass der größte industrielle Erfolg der von Biontech sein wird! Industriepolitische Erfolge sind nicht vorhersehbar. Komparative Vorteile müssten am Markt entdeckt werden. Nun gibt es ja durchaus Erfolge staatlicher Industriepolitik. Es wird immer Airbus genannt oder die Entwicklung des Internets, das der Staat zusammen mit den US-Militärs entwickelt hat.

Forschung und Entwicklung staatlich zu fördern ist sinnvoll. Massive Subventionen für Batterie- oder Chipfabriken, in denen nicht geforscht wird, sind etwas anderes. Ich bleibe dabei: Die Politik kann die Wettbewerbsfähigkeit einer Industrie nicht planen. Den sicherheitspolitischen Aspekt der Industriepolitik kann ich durchaus nachvollziehen. Aber hier haben die Europäer andere Interessen als die Amerikaner.

Ist das nicht auch der Tatsache geschuldet, dass es den USA ganz klar um Eindämmung des großen Rivalen China geht, während Europa und vor allem Deutschland allenfalls Derisking anstreben, aber den Handel insgesamt aufrechterhalten oder gar steigern wollen? Deutschland und die EU haben anders als die USA keine Ambitionen, als geopolitische Macht im pazifischen Raum mit China zu konkurrieren. Den Handel mit China aufzugeben hätte hohe Kosten und kaum Nutzen für Europa. Deshalb ist es richtig, ihn weiterzuführen, natürlich unter Beachtung der Risiken. Aber Risiken gehören zum Geschäftsleben. Das heißt, Europa muss sich hier von den USA emanzipieren? Die Grenzen zwischen Decoupling und Derisking sind ja fließend.

Europa ist leider sicherheitspolitisch und teilweise auch wirtschaftlich – etwa im Bereich der Digitalisierung – stark von den USA abhängig. Soweit die USA das zulassen, sollten wir in unserer Politik gegenüber China aber die europäischen Interessen in den Mittelpunkt stellen.

Erleben wir nicht so etwas wie eine ökonomische Zeitenwende, indem der Westen planwirtschaftlich an China heranrückt, nachdem China in den 80er-Jahren kapitalistische Elemente einführte?

Es ist sicher richtig, dass geopolitische Erwägungen die Außenwirtschaftspolitik in den nächsten Jahren stärker beeinflussen werden, mit dem Ergebnis einer gewissen Verschiebung in Richtung Deglobalisierung. Die Frage ist, wie lange dieser Trend anhalten wird. Ich glaube, es wird irgendwann eine marktwirtschaftliche Rückbesinnung kommen. Einfach auch deshalb, weil der derzeitige Weg mit sehr hohen Kosten verbunden ist. Das heißt, ich sehe eher eine Justierung als eine dauerhafte Veränderung der Architektur der Weltwirtschaft. In diesem Sinne ist es keine wirkliche Zeitenwende.

Demografie, ökologische Transformation, Dekarbonisierung - zahlen wir nicht jetzt schon alle den Preis für diese Entwicklungen in Form von höheren Inflationsraten?

Ja, ich denke, es gibt eine Reihe von Kräften, die inflationstreibend wirken: demografischer Wandel, Dekarbonisierung der Wirtschaft, weniger Handel. Es sind alles Kräfte, die das Güterangebot verringern. Inflationsraten sind ja nur Folge einer Güterverknappung plus fehlender Bereitschaft oder Fähigkeit der Geldpolitik, die Nachfrage auf das niedrigere Niveau herunterzubringen. Wir werden nicht wieder zu den niedrigen Inflationsraten der letzten Dekade zurückkehren. Ob die Güter teurer werden oder die Notenbanken die Nachfrage dämpfen, das Ergebnis ist das gleiche: Wir sind etwas ärmer, als wir vielleicht dachten.

Seit Ausbruch der Finanzkrise haben sich nicht nur die Notenbanken als Retter der letzten Instanz inszeniert, auch die Staaten haben mit gigantischen Rettungspaketen das Schlimmste verhindert. Mit der Zinswende ist das in dieser Form nicht mehr denkbar. Ist die Rückkehr der Inflation hier der große Gamechanger?

Sie ist eher Symptom unserer Probleme. Aber es gibt nicht nur inflationstreibende Entwicklungen. Automatisierung

und Künstliche Intelligenz haben das Potenzial, die Produktivität zu erhöhen und zu helfen, Angebotsverknappungen zu überwinden. Innovationen und Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur können Ähnliches leisten. Statt nur zu klagen, sollten wir diese Chancen entschlossen ergreifen. Herr Fuest, vielen Dank für das

Gespräch.

Der 54-jährige Clemens Fuest ist seit April 2016 Chef des Ifo-Instituts in München. Zuvor führte er das ZEW in Mannheim. Fuest lehrt zudem Volkswirtschaft in München – nach Stationen in Köln und Oxford.

Ifo ist eines der einflussreichsten Wirtschaftsforschungsinstitute des Landes.

Einmal im Monat veröffentlichen die Münchener den Geschäftsklimaindex – und bewegen damit die internationalen Börsen.

Mehr: Durchbruch beim Heizungsgesetz – Das sind die wichtigsten Änderungen

Abbildung:

Clemens Fuest fordert mehr Transparenz von der Politik. Foto: IMAGO/Political-Moments

Abbildung:

Für 2023 rechnet die OECD in ihrem neuen Konjunkturausblick mit einem globalen Wachstum von 2,7 Prozent, das sich 2024 leicht auf 2,9 Prozent beschleunigen dürfte. Foto: dpa

Abbildung:

Anders als Deutschland will die belgische Regierung ihren Atomausstieg wegen des Kriegs in der Ukraine um zehn Jahre verschieben. Foto: IMAGO/Panama Pictures

Abbildung:

Laut dem Chef des Ifo-Instituts kann die Klimaschutzpolitik nur so schnell voranschreiten, wie die Bevölkerung mitzugehen bereit ist. Foto: dpa

Abbildung:

Der CO₂-Ausstoß im Gebäudesektor soll drastisch sinken. Foto: imageBROKER/Getty Images

Abbildung:

Der IRA ist ein komplexes Klimaschutz- und Sozialpaket der USA, das im Sommer 2022 im US-Kongress verabschiedet wurde. Foto: AP

Abbildung:

Der Minister wurde häufig für das Heizungsgesetz kritisiert. Foto: IMAGO/Mike Schmidt

Wörter:

2718

Urheberinformation:

Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2023: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.